

Vorlage für die Sitzung des Senats am 03.12.2019

Entschuldung der Stadtgemeinde Bremen durch das Land Bremen zum 01.01.2020

A. Problem

Ab dem Jahr 2020 erhält das Land Sanierungshilfen für mindestens 15 Jahre vom Bund. Neben der Möglichkeit einer teilweisen Weiterleitung der Sanierungshilfen an die beiden Gemeinden, soll das Land nach Intention des Letter of Intent vom 16. Januar 2019 die beiden Gemeinden entschulden.

Durch das Gesetz über Finanzausweisungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzausweisungsgesetz) vom 5. April 2019 (Brem.GBl. 2019, 147 ff.) wird das Land Bremen in § 6 ermächtigt, die Gemeinden Bremen und Bremerhaven zu entschulden. Einzelheiten zu den jeweiligen Schuldübernahmen sind Gegenstand separater Verwaltungsvereinbarungen. Die Entschuldung ist an das Inkrafttreten der Verwaltungsvereinbarung gebunden.

Die Darlehen des Sondervermögens Hafen verbleiben zunächst beim Sondervermögen. Hier sind noch steuerliche Sachverhalte durch die geplante Entschuldung zu klären. Eine Schuldübernahme erfolgt dann ggf. im Rahmen einer separaten Senatsvorlage.

B. Lösung

Damit es zu einer wirksamen Entschuldung der Stadtgemeinde Bremen durch das Land Bremen kommt, ist eine Verwaltungsvereinbarung mit der Stadtgemeinde Bremen abzuschließen und Erklärungen über die Schuldübernahme bzw. den Schuldbeitritt mit den aktuellen Gläubigern abzuschließen, sodass es zu einer Schuldübernahme durch das Land Bremen kommen kann.

Nachfolgend gibt es eine besondere Sachverhaltskonstellation zu berücksichtigen, bei der eine wirtschaftliche Entlastung wie nachfolgend dargestellt erreicht wird:

Darlehen des Sondervermögens Immobilien und Technik (SVIT), bei denen das Vermieter-Mieter-Modell Anwendung findet, können nicht ohne weiteres durch das Land übernommen werden. In diesem Fall müsste Immobilien Bremen die Miethöhe bei einer Vielzahl von Verträgen anpassen. Da es sich nicht nur um Objekte handelt, die von der Stadtgemeinde Bremen angemietet und genutzt werden, sondern auch mit externen Dritten Mietverträge abgeschlossen wurden, würden ungewollte Effekte entstehen. Daher ist geplant, dass die Kreditverträge aufgehoben werden, die

Miethöhen unverändert bleiben und SVIT Stadt dem Kernhaushalt der Stadtgemeinde Bremen jährlich bis zum Jahr 2034 einen Betrag abführt, der dem Kapitaldienst (Zins und Tilgung) entspricht. Über die Abführung muss der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) als Sondervermögensausschuss einen entsprechenden Beschluss fassen.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Bei der Stadtgemeinde Bremen findet eine Entschuldung statt. Von den bestehenden Schulden in Höhe von 9,2 Mrd. Euro werden 8,6 Mrd. Euro auf das Land übertragen. Durch die Entschuldung entfallen Zinsausgaben ab 2020. Für die Stadtgemeinde Bremen beträgt die anfängliche Entlastung ca. 160 Mio. Euro. Diese Zinsausgaben sind ab 2020 vom Land Bremen zu tragen. Durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sowie die Sanierungshilfen ergeben sich beim Land Bremen entsprechende Mehreinnahmen.

Personalwirtschaftlichen Auswirkungen sind nicht ersichtlich. Nachteilige Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen sind nicht zu erwarten.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Senatsvorlage ist abgestimmt mit der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, dem Senator für Kultur, der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage und die Verwaltungsvereinbarungen können nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden. Die Anlage 2 der Verwaltungsvereinbarungen enthält die namentliche Bezeichnung der Gläubiger / Vertragspartner und kann daher nicht veröffentlicht werden.

G. Beschluss

Der Senat stimmt der Verwaltungsvereinbarung zu.

Der Senat bittet den Senator für Finanzen, die Verwaltungsvereinbarung mit der Stadtgemeinde Bremen sowie die Erklärungen über die Schuldübernahme bzw. den Schuldbeitritt zu unterzeichnen.

Der Senat bittet den Senator für Finanzen um Einbringung einer entsprechenden Vorlage in den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Anlage:

Verwaltungsvereinbarung zur Entschuldung der Stadtgemeinde Bremen durch das Land Bremen

**VERWALTUNGSVEREINBARUNG
ZUR ENTSCULDUNG DER STADTGEMEINDE BREMEN DURCH DAS LAND BREMEN**

Die
Freie Hansestadt Bremen (Land)
vertreten durch den Senator für Finanzen

und

Die
Stadtgemeinde Bremen
vertreten durch den Senator für Finanzen

schließen folgende Verwaltungsvereinbarung:

Präambel

Artikel 146 Absatz 2 Satz 1 der Bremischen Landesverfassung sieht vor, dass das Land der Stadtgemeinde Bremen und der Stadt Bremerhaven zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung gewährleistet. Daraus folgt, dass bei der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs das Gebot eines aufgabengerechten Finanzausgleichs gilt und die Aufgaben der Gemeinden den verfassungsrechtlichen Maßstab bilden, der den Umfang der angemessenen Finanzausstattung bestimmt.

Aufgrund der erheblichen Veränderungen der Rahmenbedingungen, zu denen insbesondere die massiven Probleme beider Städte bei der Einhaltung der strukturellen Defizitobergrenzen und die Erweiterung der finanziellen Handlungsspielräume durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 zählen wurde eine grundlegende Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2020 beschlossen.

Ein Baustein der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs ist die Entschuldung der beiden Gemeinden. Eine Entschuldung oder Teilentschuldung stellt ein Äquivalent für eine teilweise Weiterleitung der Sanierungshilfen an die beiden Gemeinden dar; der Anspruch der Gemeinden auf Beteiligung an den Entlastungswirkungen der Sanierungshilfen nach § 18 d der Landeshaushaltsordnung erfolgt vollends durch die in dieser Verwaltungsvereinbarung vereinbarten Entschuldung. Aufgrund der Äquivalenzfunktion für die Weiterleitung der Sanierungshilfen an die beiden Gemeinden steht fest, dass die drei Gebietskörperschaften die Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz gemeinsam tragen und auch, dass bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen die Folgen gemeinsam getragen werden.

§ 1

Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für diese Verwaltungsvereinbarung sind § 6 des Gesetzes über Finanzausgleichsleistungen an die Gemeinden Bremen und Bremerhaven (Finanzausgleichsgesetz) vom 2. April 2019 (Brem.GBl. 2019, S. 147) und § 18 d der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaushaltsordnung – LHO) vom 25. Mai 1971 (Brem.GBl. 1971, 143), zuletzt mehrfach geändert, § 18a neu gefasst, §§ 18b bis 18d und 119a eingefügt durch Gesetz vom 14. Mai 2019 (Brem.GBl. S. 355).

§ 2

Übernahme von Schulden der Stadtgemeinde Bremen durch das Land Bremen

(1) Das Land Bremen wird die in Anlage 1 Buchstabe a bezeichneten Schulden der Stadtgemeinde Bremen zum 1. Januar 2020 übernehmen.

(2) Sofern ein Gläubiger die Zustimmung zur Übernahme der Schulden nach § 415 Absatz 1 BGB nicht erteilt, wird das Land dem Schuldvertrag der Stadtgemeinde Bremen beitreten. Das Land leistet in diesem Fall die Zahlungen direkt an den Gläubiger mit schuldbefreiender Wirkung. In diesem Fall bedarf sämtliche Kommunikation und Korrespondenz mit den Gläubigern durch die Stadtgemeinde Bremen der vorherigen Abstimmung mit dem Kreditreferat des Senators für Finanzen. Sämtliche Schreiben der Gläubiger an die Stadtgemeinde Bremen sind unverzüglich an das Kreditreferat des Senators für Finanzen weiterzuleiten.

(3) Das Land Bremen übernimmt die Schuldendienstleistungen (Zins und Tilgung), die ab dem 1. Januar 2020 planmäßig fällig werden, für die Schulden nach Absatz 1.

(4) Schulden nach Absatz 2 werden für Zwecke der Schuldenstatistiken als ausschließliche Schulden des Landes Bremen behandelt.

§ 3

Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz

(1) Die drei Gebietskörperschaften tragen die Verpflichtungen aus dem Sanierungshilfengesetz gemeinsam und tragen auch die Folgen bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen gemeinsam.

(2) Im Falle einer nicht vollständig gewährten Zahlung der Sanierungshilfen durch den Bund leistet die Gebietskörperschaft entsprechend ihres Anteils an der Überschreitung im nächsten Haushaltsjahr eine Unterschreitung in gleicher Höhe. Erfolgt dies nicht, soll das Land die Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich an die Stadtgemeinde Bremen im übernächsten Jahr in gleicher Höhe reduzieren, um die Auszahlung der einbehaltenen Sanierungshilfen zu erreichen.

§ 4

Bedingungen für die Entschuldung und Überwachung der Bedingungen durch das Land Bremen

(1) Die Übernahme von Schulden nach § 2 dieser Verwaltungsvereinbarung kann nur erfolgen, sofern beide Parteien die Schuldübernahmeerklärungen bzw. die Schuldbetrittserklärungen unterzeichnen.

(2) In den Fällen des § 2 Absatz 1 dieser Verwaltungsvereinbarung ist zusätzlich die Zustimmung des Gläubigers notwendig. Sofern diese nicht erteilt wird, kommt es zu einem Schuldbetritt ohne Zustimmung des Gläubigers (§ 2 Absatz 2 dieser Verwaltungsvereinbarung).

(3) Sofern Schulden übernommen werden, bei denen der Gläubiger eine Förderbank ist, ist die Stadtgemeinde Bremen verpflichtet, dem Kreditreferat des Senators für Finanzen sämtliche Verwendungsnachweise und Informationen nach den Bestimmungen für den Förderkredit zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren hat der Senator für Finanzen dieselben Prüfungsrechte, die auch der Förderbank für den Förderkredit zustehen.

(4) Die Stadtgemeinde Bremen ist verpflichtet, dem Kreditreferat des Senators für Finanzen bis zum 31. Dezember 2019 sämtliche Akten zu den Schulden nach § 2 dieser Verwaltungsvereinbarung zur Verfügung zu stellen, damit eine korrekte Weiterführung der Verträge ab dem 1. Januar 2020 gewährleistet ist.

§ 5

Inkrafttreten, Anlagen

Die Verwaltungsvereinbarung tritt am Tag nach der Unterzeichnung durch beide Parteien in Kraft. Die Anlagen sind Teil der Verwaltungsvereinbarung.

Bremen,

Für die Freie Hansestadt Bremen (Land)
und die Stadtgemeinde Bremen

.....

Dietmar Strehl
Senator für Finanzen

Anlage 1 zur Verwaltungsvereinbarung zur Entschuldung der Stadtgemeinde Bremen durch das Land Bremen

a) Schulden, die durch das Land Bremen übernommen werden (gemäß § 2 Absatz 1 der Verwaltungsvereinbarung)

Gläubiger	Aktenzeichen des Vertrages bei der Gläubigerin	Aktenzeichen des Vertrages bei der Stadtgemeinde Bremen	Restschuld zum 31.12.2019 in Euro
A	2009466110	5139507500	25.000.000,00
A	2009466277	5139508280	50.000.000,00
A	2009466820	5139508710	5.000.000,00
A	2009466838	5139508728	30.000.000,00
A	2009467184	5139508833	50.000.000,00
A	2009467192	5139508841	25.000.000,00
A	2009467206	5139508868	25.000.000,00
A	2009467230	5139508892	35.000.000,00
A	2009467249	5139508906	15.000.000,00
A	2009467443	5139509023	35.000.000,00
A	2009467451	5139509031	35.000.000,00
A	2009467460	5139509040	35.000.000,00
A	2009467486	5139509066	35.000.000,00
A	2009467508	5139509082	10.000.000,00
A	2009467516	5139509090	10.000.000,00
A	2009467575	5139509155	50.000.000,00
A	2009467605	5139509198	100.000.000,00
A	2009467613	5139509201	25.000.000,00
A	2009468598	5139509678	70.000.000,00
A	2009468601	5139509694	70.000.000,00
A	2009468628	5139509708	70.000.000,00
A	2009468636	5139509716	70.000.000,00
A	2009468717	5139509759	130.000.000,00
A	2009468725	5139509767	130.000.000,00
A	2009468741	5139509783	90.000.000,00
A	2009468903	5139509848	155.000.000,00
A	2009468911	5139509856	155.000.000,00
A	2009468920	5139509864	155.000.000,00
A	2009468946	5139510013	155.000.000,00
A	2009469020	5139510030	230.000.000,00
A	2009468989	5139510048	200.000.000,00
A	2009469519	5139510064	27.250.000,00
A	2009469187	5139510153	75.000.000,00
A	2009469195	5139510161	23.328.114,00
A	2009469250	5139510170	215.000.000,00

A	2009469209	5139510188	300.000.000,00
A	2009469284	5139510196	655.200,00
A	2009469276	5139510200	955.500,00
A	2009469268	5139510218	200.000.000,00
A	2009469322	5139510226	100.000.000,00
A	2009469306	5139510234	100.000.000,00
A	2009469314	5139510242	37.238.892,00
A	2009469330	5139510250	70.000.000,00
A	2009469349	5139510269	70.000.000,00
A	2009469357	5139510277	70.000.000,00
A	2009469381	5139510307	140.000.000,00
A	2009469438	5139510323	168.750.000,00
A	2009469446	5139510340	150.000.000,00
A	2009469470	5139510358	150.000.000,00
A	2009469500	5139510366	225.000.000,00
A	2009469497	5139510374	225.000.000,00
A	2009469527	5139510404	225.000.000,00
A	2009469578	5139510412	350.000.000,00
A	2009469551	5139510420	285.000.000,00
A	2009469586	5139510439	175.000.000,00
A	2009469632	5139510455	175.000.000,00
A	2009469640	5139510463	200.000.000,00
A	2009469713	5139510471	200.000.000,00
A	2009469730	5139510501	250.000.000,00
A	2009469748	5139510536	250.000.000,00
A	2009469756	5139510544	300.000.000,00
A	2009469780	5139510552	300.000.000,00
A	2009469802	5139510595	600.000.000,00
A	2009469845	5139510617	224.000.000,00
A	2009467753	5591590954	7.991,71
A	2590110429	0002b	410.367,05
A	2590110410	0002a	273.551,83
A	2590110437	0002c	273.551,75
A	2009468440	5591591470	265.714,19
A	2009466587	5591590660	2.000.000,00
A	2009466528	5591590717	5.340.546,40
A	2009466668	5591590725	6.361.167,21
A	2009467141	5591590814	835.373,48
A	2009467389	5591590849	1.874.679,42
A	2009467435	5591590881	6.772.164,87
A	2009467427	5591590890	218.093,39
A	2009468130	5591590920	9.291.829,98
A	2009467745	5591590938	1.510.520,08
A	2009467753	5591590954	122.915,31
A	2009467761	5591590962	5.950.000,00

A	2009468148	5591591020	1.380.861,60
A	2009467915	5591591039	271.407,62
A	2009468156	5591591187	6.800.000,00
A	2009468113	5591591209	347.308,11
A	2009468210	5591591306	154.451,36
A	2009468440	5591591470	265.714,19
A	2009468490	5591591411	4.500.000,00
A	2009468482	5591591420	3.600.000,00
A	2009468474	5591591438	1.280.000,00
A	2009468679	5591591446	6.000.000,00
A	2009468466	5591591454	4.933.686,56
A	2009468458	5591591462	247.122,49
A	2009468431	5591591489	33.015,19
A	2009468423	5591591497	179.788,19
A	2009468687	5591591500	2.119.594,49
A	2009468695	5591591519	580.711,19
A	2009468890	5591591578	24.027.821,69
A	HaFa 18/91S vom 09.12.2011	Refi Siemens- Hochhaus	1.342.000,00
B	7640252	5139507420	2.064.085,33
B	6655957	5139507667	4.784.219,45
B	5286869	5139507683	4.796.981,39
B	4605388	5139507705	5.358.502,49
B	1015351	5139507713	1.032.625,42
B	6945691	5139507721	9.186.585,73
B	1015369	5139507730	657.398,52
B	6655960	5139507748	4.278.899,47
B	4261485	5139507764	4.540.271,80
B	5286877	5139507780	5.345.268,30
B	6378261	5139508302	4.888.000,00
B	9459515	5139508329	5.400.000,00
B	5394267	5139508540	2.492.000,00
B	4732370	5139508574	3.290.000,00
B	2308836	5139508760	11.280.000,00
B	1805291	5139508914	3.348.000,00
B	9700544	5139508949	5.681.731,05
B	739735	5139509015	10.880.000,00
B	777619	5139509236	5.134.000,00
B	1895251	5139509350	8.823.516,00
B	2960595	5139509414	6.501.600,00
B	289214	5139509422	6.624.000,00
B	16716965	5139510447	1.171.092,00
B	15688203	5139510480	7.000.000,00
B	13506625	5139510498	17.000.000,00
B	17963093	5139510560	17.000.000,00

B	11361013	5139510579	11.000.000,00
B	14630150	5139510587	1.000.000,00
B	16900861	5139510609	35.000.000,00
B	6953893	5591591527	3.762.597,07
B	5223064	2109542116	37.585,13
C	6294054010	5139510285	54.000.000,00
C	6294054026	5139510293	11.415.384,50
C	6294054048	5139510510	32.000.000,00
C	6294054032	5139510528	29.064.285,72
C	6370845019	ÖPP Rockwinkel, BA 1	1.700.289,00
C	6370845025	ÖPP Rockwinkel, BA 2	1.315.244,00

Die namentliche Bezeichnung der Gläubiger / der Vertragspartner ergibt sich aus der vertraulichen Anlage 2.